

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 239 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 39 B

BERLIN • Dienstag, den 16. Februar 1932

1. JAHRGANG

Der Faschismus auf dem Marsche.

Von Willi Eichler.

Herr Groener als Schützer der Jugend.

Herr GROENER hat an die Führer der im Reichstag vertretenen politischen Parteien den nachstehenden Brief gerichtet:

„Die Herabsetzung des Wahlalters durch die Weimarer Verfassung und die Verhältnisse der Nachkriegszeit haben eine immer stärkere Einbeziehung der Jugend in die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung zur Folge gehabt. Deshalb hat auch die Vergrößerung und immer schärfere Zuspitzung des politischen Tageskampfes, dessen schlimmste Auswüchse die politischen Gewalttaten sind, die Jugend miterfaßt... Die Ausübung dieser Kulturschande erscheint mir allgemein als ein dringlichstes Gebot unserer nationalen Würde, aber auch als eine unerlässliche Bedingung jedes inneren und äußeren Aufstieges unseres Volkes...“

Die parteipolitische Gegensätzlichkeit hat sich bei der Jugend immer mehr als Nährboden jugendfremden Haßgeistes und schwerer Untaten erwiesen. Sogar die Ermordung Jugendlicher durch Jugendliche nur wegen parteipolitischer Gegensätze ist zu verzeichnen. Eine solche Tat hat erst in der letzten Zeit allgemeines Entsetzen hervorgerufen und die ernsteste Aufmerksamkeit auf den beklagenswerten Lauf der Dinge gelenkt. —

Soweit die Politisierung der Schuljugend in Betracht kommt, habe ich dieser Tage mit den Herren Kultusministern der deutschen Länder beraten, welche Maßnahmen geeignet erscheinen, die Parteipolitik von der Schule fernzuhalten. Ich habe bei dieser Aussprache meinen schon früher erzwungen und durch die neuerliche Verschärfung der Lage getroffenen Entschluß bekundet, einen Appell an die Führer der politischen Parteien zu richten, sie möchten angesichts der auf dem Spiel stehenden Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erwägen, ob nicht ganz allgemein die parteipolitische Bearbeitung und Betätigung der Jugend, die das Wahlalter noch nicht erreicht hat, eingestellt werden könnte.

Ich möchte hiermit meine Absicht verwirklichen und an Sie mit diesem Appell herantreten, den ich gleichzeitig den anderen Parteiführern zuleite... Es muß nach meiner Ansicht allen am Herzen liegen, daß die Jugend mit Aufgeschlossenheit und bei aller Begeisterung für die ihr vorschwebenden Ziele, doch voll echter Menschlichkeit und tiefen Gerechtigkeitsinnes, voll ernstem Streben nach innerer Harmonie des Geistes und Charakters in die Mündigkeit eintritt.

Das Ringen unseres Volkes um sein Recht und seine Freiheit wird auch die Lebensaufgabe der heutigen Jugend sein. Sie wird dieser nationalen Aufgabe nicht gewachsen sein, wenn sie nicht mit der Grundeinstellung, die ich oben als notwendig bezeichnet habe, an das Werk herantritt, eine Grundeinstellung, die mit der parteipolitischen Bearbeitung und Betätigung der Jugend, wie die Erfahrung zeigt, jedenfalls unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu vereinbaren ist. Schon heute werden übrigens die künftigen Kräfte des deutschen Volkes vom Auslande zu einem großen Teil nach dem Bilde beurteilt, das unsere Jugend, die kommende Vertreterin Deutschlands, in der Gegenwart darbietet. So erscheint es mir auch vom außenpolitischen Standpunkt aus dringend empfehlenswert, dem parteipolitischen Wesen und Treiben der wahlmündigen Jugend, das nach dem heutigen Stand der Dinge nur ein zwieträchtiges, sich in inneren Kämpfen verzehrendes Deutschland der Zukunft erwarten ließe, ein Ende zu machen...“

Mit diesem Brief setzt Herr GROENER nur fort, woran er seit langem arbeitet: allen nicht nationalistischen — wenn nicht gar nationalsozialistischen — Gruppen das Lebenslicht auszublenden.

Nachdem er die Selbstverständlichkeit betont hat, daß es sich nicht gehöre, die Jugend dahin zu drillen, daß die Angehörigen der politischen Jugendgruppen sich gegenseitig ermorden, kommt er mit der Aufgabe heraus, die er eigentlich für die Jugend in Bereitschaft hält:

„Das Ringen unseres Volkes um sein Recht und seine Freiheit wird auch die Lebensaufgabe der heutigen Jugend sein.“

Hier liegt der Grundfehler des Generals, der, nachdem er seine Streifzüge in die Politik angetreten hat, nunmehr auch die Pädagogik zum Tummelplatz seiner Vorschläge macht.

Die Lebensaufgabe der Jugend ist es, für Recht und Freiheit einzutreten. Darin muß der sie unterstützen, der sich zum Leiter oder Erzieher dieser Jugend aufwirft. Niemand würde Herrn GROENER verdenken, wenn er sich um die Förderung der Jugend in dieser Hinsicht bemühen würde. Für Recht und freie Selbstbestimmung aber kämpfen nur die Sozialisten, d. h. die Menschen, denen Herr GROENER und seine Kollegen aus dem Reichswehrministerium nicht sehr grün sind, was man besonders gut an den „Leitgedanken“ sieht, die GROENER über die Aufgaben des Heeres und die Pflichten der Soldaten vor einigen Wochen herausgegeben hat. Es heißt dort unter anderem:

„Dem Kriegsdienstverweigerer gebührt ebenso wie dem Landesverräter die Feindschaft und Verachtung jedes Deutschen. Aber auch schon der pazifistische Allerweltsglückler

Entscheidung in Schanghai?

Der Angriff der Japaner abgeschlagen.

Die am Sonnabend bei schwerem Schneesturm eingesetzten japanischen Truppen haben bis in die Sonntagmorgenstunden gekämpft, ohne einen Erfolg erzielen zu können. Die Chinesen haben mit beispiellosem Verteidigungswillen den Angriff der Japaner auf die Forts und den Übergang über den Wusung-Kanal zurückgeschlagen. Auf seiten der Japaner sind mehr als 2000 Mann gefallen. Auch über Tschapei haben am Sonnabend starke Luftkämpfe stattgefunden. Eine Bombe explodierte in der internationalen Niederlassung.

Generalangriff Japans für den 16. Februar geplant.

Am Sonntagmorgen trafen 12.000 Japaner in Schanghai ein, weitere 10.000 sollen am Montag gelandet werden. Die chinesische Eisenbahn nach Nanking ist durch japanische Truppen zerstört worden. Der Hauptangriff auf Tschapei und Wusung ist laut einer Meldung aus Moskau für den 16. Februar angesetzt.

Die Verhandlungen von seiten der neutralen Großmächte sind nicht vorwärtsgekommen. Der japanische Befehlshaber wird, wie es in Tokio heißt, nach seinem Eintreffen in Schanghai ein Ultimatum an die Chinesen stellen, wonach der Rückzug der Chinesen binnen einer bestimmten Frist verlangt wird, andernfalls die Japaner zu den schärfsten Maßnahmen greifen werden.

Die Haltung der Japaner.

c Tokio, 15. Februar.

Im Zusammenhang mit der gespannten Lage in Schanghai teilt das japanische Marineministerium mit, daß ein be-

AUS DEM INHALT:

Groener verteidigt sich.
Japans Interessen.
Arbeiterkinder zur Schulentlassung.
Kirche und Proletariat.
Oase Jena.
Nobile im Dienste Moskaus.
Zur Präsidentenwahl.
Die deutsche Pleitekurve.

sonderes Geschwader gebildet wurde, das die Kontrolle über die gesamte Schifffahrt auf dem Jangtse ausüben soll. Alle ausländischen und chinesischen Dampfer, die Kriegsmaterial an Bord haben, sollen beschlagnahmt werden.

Der Chef der japanischen Seestreitkräfte, Admiral NOMURA, erklärte Vertretern der japanischen Presse, daß die Lage in Schanghai sich sehr ernst gestaltet habe. Die japanische Regierung habe weitere Verhandlungen abgelehnt, weil die chinesische Regierung sich weigere, die chinesischen (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Memelkonflikt vor dem Völkerbund.

i Genf, 13. Februar.

In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbunds, die auf Antrag der deutschen Regierung der Untersuchung des Memelkonflikts gewidmet war, vertrat zunächst der Staatssekretär von BÜLOW die deutschen Anklagen, dann antwortete ZAUNIUS. Der Hauptpunkt des Streits war die Auslegung der Berliner Reise BÖTTCHERS, die BÜLOW für absolut harmlos erklärte, während ZAUNIUS behauptete, Mitteilungen darüber zu haben, daß BÖTTCHER mit den Amtstellern in der Wilhelmstraße verhandelt habe. Ein weiterer Streitpunkt war die Frage, ob Deutschland gemäß dem Memelstatut das Recht habe, die Ereignisse vor dem Völkerbundsrat zur Sprache zu bringen.

Zu einer Klärung dieser Streitfragen kam es in der Sitzung am Sonnabend noch nicht. BÜLOW beantragte, daß der Völkerbundsrat den Wunsch auf eine sofortige Bildung eines vorläufigen Direktoriums im Memelgebiet aussprechen solle. PAUL BONCOUR hat, davon Abstand zu nehmen, da so schnell wie möglich eine Entscheidung des ganzen Konflikts vom Völkerbundsrat getroffen werden solle. Er forderte dafür die Einsetzung eines Juristen-Ausschusses zur Prüfung der Memelfrage. Dieser Vorschlag wurde angenommen, trotz des Protestes von ZAUNIUS.

Der Juristenausschuß im Memelkonflikt.

Der Juristenausschuß des Völkerbundes hat bereits am Sonntag nachmittag seine Arbeit begonnen. Er wird geführt von dem Vertreter Norwegens im Völkerbund, COLBAN, dem ein italienischer, ein französischer und ein englischer Jurist

oder der egoistische Schwächling bildet eine Gefahr, denn er untergräbt den Wehrwillen im Volke... Vaterlandslos ist auch derjenige, der das Recht seines Volkes zu nationalem Eigenloben vernimmt, der internationale Interessen einer Volksklasse oder das verschwommene Wunschbild einer internationalen Menschheit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volksgemeinschaft voranstellt.“

Also alles, was nicht ausgesprochen nationalistisch ist, wird hier öffentlich beschimpft, und zwar in der unqualifiziertesten Form. Jeder, der sich Gedanken macht über den zweifelhaften Nutzen einer Einrichtung, wie der des Krieges, oder über seine ethische Verwerflichkeit, verdient Verachtung eines jeden Deutschen! Deutsch sein ist danach also nichts anderes als: kriegslustig sein, deutsch sein heißt also: erst kommt Deutschland, dann eine Weile lang nichts, und

beigegeben sind. Der Bericht des Ausschusses soll dem Rat bereits am Dienstag zur Beratung vorliegen.

Der Ausschuß soll nach dem deutschen Antrag zunächst nur über die Frage entscheiden, ob die litauische Regierung auf Grund der Memelkonvention juristisch das Recht habe, den Präsidenten des Memeler Landtages abzuberufen.

Im Anschluß an das juristische Gutachten wird der Völkerbundsrat zu den deutschen Forderungen Stellung nehmen, nach denen das von der litauischen Regierung gebildete Direktorium abgesetzt und BÖTTCHER mit seinem Direktorium wieder eingesetzt werden soll.

Generalstreik in Uruguay beendet.

n Montevideo, 13. Februar.

Die Transportarbeiter und Drucker haben sich der Streikbewegung nicht angeschlossen. Der Streik mußte am Sonnabend abgebrochen werden.

Brünings Rundfunkrede in Amerika.

v Berlin, 14. Februar.

Am Sonntag abend gab BRÜNING einem Vertreter der National Broadcasting Corporation ein Interview, das im Radio nach Amerika übertragen wurde. Gegenstand des Gesprächs waren Abrüstungsfragen. BRÜNING wiederholte im wesentlichen nur die Forderungen, die er in Genf vertreten hatte.

dann kommen die anderen. Es heißt also: im plattesten Sinne egoistisch sein, heißt: Recht oder Unrecht — mein Vaterland. Gegen diese Auffassung ist es notwendig, anzugehen — nicht nur wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der Reichsverfassung, die ausdrücklich verlangt, daß man in Deutschland im Geiste der Völkerverständigung erzogen werden soll, sondern auch deswegen, weil es eines Kulturstaates unwürdig ist, solche barbarischen Ziele als Aufgaben des Volkes zu setzen. Insbesondere Herr GROENER, der in Deutschland verantwortlich für die Erziehung ist, sollte sich solche Propaganda ersparen. Es ist die Politik der einstigen Vaterlandspartei, die hier, wenn auch mit Umschreibung getrieben wird, die Politik, die Deutschland in Unglück getrieben hat, die Politik um den „Platz an der

Sonne", die Politik des „Rechts und Freiheit für das deutsche Vaterland“, die unversöhnlich einmündet — was bei Herrn GROENER offenbar selbstverständlich ist — in das: Deutschland, Deutschland über alles. Es ist der Geist der „nationalen“ Aufgabe des Kampfes um Recht und Freiheit der „Nation“.

Hier nämlich scheiden sich die Geister! Niemand von uns Sozialisten hat etwas gegen den Kampf um Recht und Freiheit. Der Kampf des Proletariats ist ein ewiges Ringen um sein Recht und seine Freiheit. Und da die Unterdrückung des Proletariats viel weiter reicht als von der Maas bis an die Memel und von der Etsch bis an den Belt — dem abschließenden Bierglas-Horizont deutscher Nationalisten —, und da der Kampf um das Recht nicht Halt macht an der eigenen Tür, haben sich die Sozialisten international organisiert, wodurch sie sich als Kämpfer für Recht und Freiheit wirklich dokumentieren.

In diesen Reihen müßte Herr GROENER Platz nehmen; denn hier könnte er der Liebe zur Gerechtigkeit und dem Tätigkeitsdrang für dieses Ideal nachgehen. Aber statt dessen sehen wir ihn in den Reihen waschechter Nationalisten. Und das beweist, daß er den Kampf für Recht und Freiheit nicht um dieser Ideale willen führt, sondern nur deshalb, weil zufällig Deutschland in seinem Recht und seiner Freiheit eingeeignet ist.

Wir wollen nicht mißverstanden werden: Auch ein Volk soll — ebenso wenig wie ein Einzelner — nicht ausgebeutet werden. Auch wir halten vieles von der Behandlung, die Deutschland durch andere Länder erfahren hat, für ein Unrecht. Aber wir scheuen uns, einen kleinen Komplex von Unrecht, wie das an Deutschland begangene, willkürlich herauszugreifen aus dem ungeheuren Berg, das täglich auf der Erde geschieht. Wer gegen dieses andere Unrecht nicht angeht, das auch in Deutschland selber — unter den Augen des Herrn GROENER — an der besitzlosen Klasse verübt wird, durch Verwendung der Steuern der Ärmsten für die Sanierung (was „Gesundmachen“ heißt!) der herrschenden Klasse (der deutschen Großgrundbesitzer und der deutschen Schwerindustrie) — wer alles dies ohne Widerspruch geschrien läßt, der sollte nicht gegen andere geltend machen, daß es nötig sei, für Recht und Freiheit einzutreten. Und der sollte sich nicht herausnehmen, die wahren Kämpfer für Recht und Freiheit, die Kämpfer für ein internationales Recht und internationale Freiheit als gefährlich zu beschimpfen.

2. Die SPD gegen den Faschismus.

„Die Sozialdemokratie wird in nüchternen Überlegung die Mittel wählen, um einen Sieg des Faschisten zu verhüten.“

Mit diesen nüchternen Worten schließt der Leitartikel des „Vorwärts“ vom Sonntag. Aus ihm geht schon hervor, daß „die Mittel der SPD“ darin bestehen werden, Herrn von HINDENBURG zu wählen. Sie „muß im Interesse der Arbeiterschaft alles tun, um wenigstens dem Faschismus den Sieg zu entreißen. Mit anderen Worten: sie muß auf einen eigenen Kandidaten verzichten, wenn sie einen anderen sieht, durch dessen Aufstellung ein Keil in die Reihen der Gegner getrieben und eine Niederlage des reaktionären Teils der Bourgeoisie, der Harzburger Front, herbeigeführt werden kann.“

Das ist völlig richtig! Aber die SPD erwähnt mit keiner Silbe, daß sie ja auch versuchen könnte, einen Kandidaten der Arbeiterklasse aufzustellen — nicht in der sturen Art der KPD, die einfach ihren Kandidaten als Klassenkandidaten bezeichnet, sondern in der Art, daß sie versucht, die Organisationen der Arbeiterschaft auf einen solchen Kandidaten zu einigen. Wir haben vorgeschlagen, daß die Leitung des ADGB sich bemühen sollte, einen Ausschuß der Arbeiterorganisationen zusammenzubringen zur Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten. Die SPD jammert nur über die Tatsache, daß die Kommunisten wahrscheinlich keinen sozialdemokratischen Kandidaten wählen würden. Daß man sich über diese Frage verständigen könnte — vielleicht auf dem Umwege über den ADGB —, daß man vielleicht einen auch der KP genehmen Kandidaten finden könnte: etwa LEDEBOUR, STRÖBEL, LÖBE, HECKERT, einen Führer der freien Gewerkschaften oder auch HEINRICH MANN, den neulich HILLER in der „Weltbühne“ und in der „Berliner Volkszeitung“ vorgeschlagen hat, — alles dies kommt der SPD nicht in den Sinn. Gewiß würde die KPD nicht leicht zu behandeln sein, aber das Benehmen der SPD zeigt, daß sie selber jedenfalls nicht weniger bockbeinig ist, und daß sie, die sonst die Ziele der Partei hinter die Interessen des Landes zurücktreten

zu lassen bereit ist, nicht bereit ist, ihre Parteiziele hinter die Interessen der Klasse zurückzustellen. Da sie aber den einfachen Versuch einer Bildung der Einheitsfront unterläßt, obwohl er ungeheuer viel Aussicht auf Erfolg hätte, ist ihre scheinbar kluge Taktik nichts weiter als ein Kapitulieren vor den Schwierigkeiten, in die der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse, sie dem Bürgertum gegenüber brächte. Sie stärkt damit dieses Bürgertum, auch wenn sie dessen extremen Flügel, die Nationalsozialisten, stört, zum Schaden einer heute möglichen ungeheuren Stärkung des Proletariats, die der gemeinsame Kampf aller Arbeiter bewirken würde. Sie entsagt also ohne äußerste Not einer Klassenkampffraktion zugunsten einer Koalition mit dem Bürgertum. Sie kämpft also gegen die Interessen der Arbeiterklasse — sie stärkt also objektiv den Faschismus.

Entscheidung in Schanghai.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Truppen auf eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai zurückzuziehen.

c Tokio, 15. Februar.

Ein Vertreter des japanischen Außenministeriums äußerte über den chinesischen Wunsch nach Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes, daß Japan den auf die chinesischen Anregungen hin erfolgten Maßnahmen des Völkerbundes keine große Bedeutung mehr beimesse. Der chinesische Vorschlag auf Einberufung der Versammlung bedeute eine unangebrachte Art, die Lage im Fernen Osten zu behandeln, bloß aber für die Chinesen eine große Propagandamöglichkeit. Von einem Austritt Japans aus dem Völkerbund könne keine Rede sein. Japan werde im Völkerbund bleiben und seine Sache als Mitglied desselben vertreten.

Chinas Verteidigung.

b Schanghai, 14. Februar.

Die chinesische Telegraphenagentur Gomyu meldet, daß die chinesische Regierung unter der Parole „Für die Freiheit des Volkes“ eine neue Armee in Stärke von 200 000 Mann für den Schutz Schanghais aufstellt. In diese Armee werden nur Freiwillige aufgenommen, die bereits an früheren Kämpfen beteiligt waren. Ein Teil der Armee, die gut ausgerüstet ist, ist bereits nach Schanghai abgesandt.

Die diplomatischen Verhandlungen.

Das angebliche Geheimabkommen zwischen Japan und Sowjet-Rußland wird von beiden Seiten dementiert. Der Vorschlag Litwinows, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, ist möglicher Weise der Anlaß zu dem Gerücht gewesen. Japan hat bisher auf dieses russische Angebot nicht geantwortet.

China vor der Abrüstungskonferenz.

Der chinesische Gesandte YEN erklärte, Chinas Politik in der Abrüstungsfrage werde durch die Politik der Mächte gegenüber dem ostasiatischen Konflikt bestimmt. YEN forderte die sofortige Anwendung der von Frankreich vorgeschlagenen internationalen Streitmacht gegen den angreifenden Staat. Es fordere nicht einen bewaffneten Beistand der einzelnen Mächte, sondern die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen auf dem Boden des Völkerbundes und des Kellogg-Paktes. Falls der Völkerbund versage, werde das ohinesische Volk die Verteidigung selber in die Hand nehmen, um den internationalen Verpflichtungen die notwendige Achtung zu verschaffen.

Der Vertreter des japanischen auswärtigen Amtes hat der Presse in Tokio mitteilen lassen, die japanische Regierung sei über die Pläne in Genf sehr gut orientiert. Sie habe die feste Zuversicht, daß der Völkerbund seine abwartende Haltung beibehalten werde.

Mit dieser Erklärung des Japaners verlieren die Anforderungen des ohinesischen Vertreters in Genf ihr Gewicht. Trotz all dieser Ergebnisse nehmen die Proklamationen und Vorschläge in Genf weiter ihren Verlauf; etwa 45 Staaten erhalten noch das Wort; HENDERSON muß gute Nerven haben, um dieses Gegenspiel von Projekten und Tatsachen auszuhalten. Es heißt, daß er eine Aufforderung an die Vertreter

In Paris brodelt es wie in einem Vulkan. Durch das Straßenlabyrinth fluten die Massen, bürgerliche Massen. Die Arbeiterschaft ist fast nirgends sichtbar. Sie hält sich in Ruhe. Fast unheimlich ist diese Ruhe.

XIV.

Während Brandt von der „Union“ zum Quai d'Orsay zurückfährt, tritt Frau Germaine de Bassancourt, Abgeordnete in der Kammer, in das Dienstzimmer des Ministerpräsidenten.

„Sie sehen, Baron, ich komme auf Anruf!“ lacht die hochgewachsene, hellblonde Frau, die gar nicht nach einer Französin aussieht, obwohl sie den Namen eines alten französischen Geschlechts trägt. Auf sie hat sich anscheinend das starke Blut der englischen Mutter vererbt.

„Ich bitte und Ihre Nachsicht, liebe gnädige Frau, daß ich Sie zu nachtschlafender Zeit herbitte“, sagt Saint Brice, indem er ihre Hände mit väterlicher Freundschaft küßt, „aber die Umstände sind außergewöhnlich. Alles gipfelt jetzt in der Forderung: Sammlung der Nation!“ Er schiebt Germaine einen bequemen Sessel hin und betrachtet die strahlend schöne Frau sekundenlang wie ein liches Bild, das zu den Sorgen der Stunde nicht recht passen will.

„Gott sei Dank ist jetzt Herr Brandt zurück!“ sagt sie mit ernst gewordenen Augen.

Der Greis betrachtet seine gepflegten Fingernägel. „Ja, jeder hält Herrn Brandt für den großen Zauberkünstler“, spottet er lächelnd.

„Ich habe nur die eine große Sorge, daß er jetzt ihrem Kabinett den Rücken kehren könnte...“

„Das Kabinett steht vor schweren Entschlüssen“, entgegnet Saint Brice. „Erschütterungen darf es nicht geben! Erschütterungen im Innern — meine ich!“ Seine Worte klingen bedeutsam.

Germaine horchte auf. „Befürchten Sie Erschütterungen dieser Art?“ Leise fügte sie hinzu: „Von Brandts Seite...?“

Saint Brice starrt auf seine Nägel. Plötzlich schlägt er die Augenlider hoch: „Sie kennen Herrn Brandt sehr gut, nicht wahr? Er kommt oft in Ihren Salon?“

Was ist zu tun?

Noch immer ist es nicht zu spät für die Propagierung vernünftiger Gedanken. Es ist eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft und auch für das linke Bürgertum, sich in der Besetzung des Reichspräsidentenpostens zu einigen. Dazu muß in der SPD und in der KPD und in den Gewerkschaften, sowie in allen zugänglichen Zeitungen, die einen Rest von Unabhängigkeit bewahrt haben, diese Frage gestellt werden. Der stupide Antwort: die ändern wollen nicht, muß die Frage gegenübergestellt werden: Was hast Du getan, um sie dazu zu bewegen? Wer dieser Arbeit ausweicht, ist mit der schweren Schuld belastet, dem Faschismus in Deutschland die Wege mit bereitet zu haben.

der Konferenz gemacht hat, nunmehr ihre konkreten Einzelvorschläge vorzulegen. Welche Aufforderung wird er ergehen lassen, wenn auch die sechzigste Auflage — denn etwa so viele Delegierte sind dort — dieser Vorschläge unterbreitet worden ist?

Verhaftungen in Indien.

A Bombay, 15. Februar.

Der gegenwärtige Präsident des Allindischen Kongresses, SIRDAR SARDUL SINGH, wurde am Sonntag in der Nähe Bombays verhaftet.

Zum russisch-rumänischen Nichtangriffspakt?

t Bukarest, 14. Februar.

Ueber den Zweck der Reise TITULESCUS nach Bukarest wird behauptet, daß Frankreich in Genf von Rumänien die Volksabstimmung in Bessarabien verlange, auf der Rußland weiterhin bestehe und die die notwendige Bedingung für den Abschluß eines rumänisch-russischen Nichtangriffspaktes sei, dessen Nichtunterzeichnung die Ratifizierung des von Frankreich dringend gewünschten russisch-polnischen Paktes verhindere.

Nobile im Dienst Moskaus.

v Berlin, 13. Februar.

NOBILE, der unstrittene Führer der vorunglückten „Italia“-Expedition, hat nach einer Berliner Meldung in Moskau einen vierjährigen Vertrag mit der russischen Luftfahrt-Behörde abgeschlossen. Er wird schon im April nach Moskau übersiedeln und im Sommer an einer arktischen Expedition teilnehmen.

Es mutet seltsam an, daß gerade die Russen keinen anderen Mann finden als diesen, über dessen Führerqualitäten nicht nur ROALD AMUNDSEN ein vernichtendes Urteil gefällt hat, sondern der auch im Urteil der Öffentlichkeit nicht rehabilitiert werden konnte von den Vorwürfen des Leichtsinns und der Unsolidarität.

Völkerbundskommission hält Bulgarien für zahlungsfähig.

f Sofia, 14. Februar.

Die Völkerbundskommission zur Prüfung der bulgarischen Finanzlage hat — entgegen den Hoffnungen bulgarischer Kreise! — einen verhältnismäßig günstigen Eindruck von der bulgarischen Wirtschaft gewonnen. Nach ihrer Ansicht lassen sich infolge der jetzt stark aktiven Handelsbilanz Zahlungen an die Auslandsgläubiger vornehmen (zum gleichen Ergebnis kam der Bericht aus Bulgarien im „Funk“ vom 15. Januar). Die Völkerbundskommission hat daher die Notwendigkeit eines Moratoriums nicht anerkannt, wird aber vermutlich eine Einschränkung der Einfuhr nach Bulgarien empfehlen. Dieser Empfehlung wird die bulgarische Regierung voraussichtlich bald nachkommen.

Hindenburg hat die ihm angebotene Präsidentschaftskandidatur angenommen.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(38. Fortsetzung.)

In Durazzo verhandelte zur gleichen Stunde der albanische Oberbefehlshaber mit dem italienischen General, der während der Nacht zur Führung der gemeinsamen Streitkräfte eingetroffen war.

In Belgrad kämpfte der König einsam seinen Kampf. Soll er das Opfer bringen und einlenken, ehe das Spiel ganz seinen Fingern entgleitet...?

In Berlin hat die Reichsregierung die ganze Nacht gearbeitet. Sie hat den festen Vorsatz, sich nicht auf abschüssige Bahn drängen zu lassen. Sacro egoismo — das ist ihr Leitmotiv. Sie wird Deutschland jedes gefährliche Experiment ersparen, aber wachsam sein, wenn die Stunde kommen sollte, einen günstigen Fischzug ohne großes Risiko zu tun. Siebzehn Millionen können nicht ewig eine Unterbilanz haben, die weder leben noch sterben läßt.

Aber Unter den Linden und durch die Wilhelmstraße ziehen seit Tagesanbruch mindestens hunderttausend Arbeiter und Bürger: „Frieden! Um nichts in der Welt lassen wir uns in die Katastrophe reißen!“

In Warschau hat es in der Nacht schwere Kämpfe zwischen der Regierung und den Kommunisten gegeben. Vierzig Arbeiter mußten ihre Gesinnung mit Blut bezahlen.

In Wien, Budapest, Brüssel, in Prag, Kopenhagen und Bukarest — überall empfangen die Regierungen die Abordnungen der Arbeitervverbände, sie forderten, daß der Krieg amtlich als Verbrechen und Wahnsinn gebrandmarkt werden sollte.

Keine europäische Hauptstadt, in der nicht Meetings, Demonstrationen und Protestkundgebungen stattfanden.

Germaine machte erstaunte Augen. „Soll das ein Vorwurf sein, Baron? Weil Herr Brandt in einem andren politischen Lager steht, soll ich am Ende gar meine Tür vor ihm geschlossen halten?“

Saint Brice machte eine großartige Geste. „Aber, aber, meine Verehrte! Nein, ich fragte aus einem andren Grunde.“ Er zieht seinen Sessel näher an Germaine heran und fährt vertraulich fort: „Ich weiß, daß ich ihnen bedingungslos vertrauen darf...“

„Ich denke doch, Ihre Parteilinndin ist Ihres Vertrauens würdig!“ lacht sie zurück. „Was gibt es also?“

„Ich möchte mit Ihnen von Herrn Brandt sprechen. Seine Person ist in mehr als einer Hinsicht bedeutungsvoll! Wenn er aus meinem Kabinett ausscheiden sollte...“

„Das wäre ein schreckliches Unglück!“

Saint Brice nickt. „Ein Unglück deshalb, weil niemand ahnt, was wir von diesem Mann zu erwarten haben!“ Er sieht Germaine unter herabgesunkenen Lidern gespannt an. „Wer kennt Léon Brandt? Wer blickt ihm ins geheimnisvolle Herz? Deshalb fragte ich Sie vorhin, ob Sie ihn gut kennen.“

Germaine läßt sich langsam gegen die Rückenlehne fallen. Ein ratloser Ausdruck ist in ihrem Gesicht. „Als Politiker ist er Ihnen vertrauter als mir. Ich habe nur versucht, ein wenig in den inwendigen Menschen Brandt einzudringen...“

„Also in den wirklichen Brandt!“

Germaine machte überraschte Augen. „Warum sprechen Sie so geheimnisvoll, Baron?“

Er ergreift ihre weißen Hände in respektvoller Zärtlichkeit; er darf sich das erlauben, er kennt diese blonde Germaine seit vielen Jahren, ihr vorstorbener Gatte war lange sein Generalsekretär. „Hören Sie bitte zu, Germaine. Frankreich durchlebt jetzt harte Stunden. Brandt ist kein Beliebiger. Wenn es nun jetzt mit Italien zu entscheidendem Kampf kommen sollte — wo müssen wir Brandt suchen? Bis zu welchen Formen der Opposition würde er sich versteigen? Was geschieht, wenn sich plötzlich der geistige Kampf hinüberspielt in die Ebene praktischer Taten!“

„Sie geben also schon alles auf!“ ruft Germaine bestürzt aus.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Präsidentenwahl.

Wahltag: 13. März.

h Berlin, 13. Februar.

Der Reichsminister des Innern hat den Reichstagspräsidenten gebeten, einen Beschluß des Reichstags über den Wahltag für die Reichspräsidentenwahl herbeizuführen. Als Wahltag hat er Sonntag, den 13. März, für einen etwa erforderlichen zweiten Wahlgang Sonntag, den 10. April, vorgeschlagen.

Das Wahlverfahren für den Präsidenten.

Hk. Als Reichspräsident ist jeder Deutsche wählbar, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 000 Wählern unterzeichnet sein. An Stelle von 20 000 genügen zwanzig Wähler, wenn der Vorschlag von Gruppen ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvorschlag eingereicht hatten und auf deren Kreiswahlvorschläge, die dem Reichswahlvorschlag angeschlossen waren, zusammen mindestens 500 000 Stimmen abgegeben worden waren.

Beim ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte aller abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich im ersten Wahlgang keine solche (absolute) Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem zweiten Wahlgang handelt es sich nicht etwa um eine Stichwahl zwischen Kandidaten des ersten Wahlgangs; es können beim zweiten Wahlgang ganz andere Kandidaten aufgestellt werden. Beim zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen (relative Mehrheit) erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht.

Selbst wenn für den ersten Wahlgang die Aufstellung eines Einheitskandidaten der Arbeiterschaft nicht gelingt, weil SP oder KP oder beide sie verhindern, selbst wenn also der erste Wahlgang für die Arbeiterschaft ein verpfushtes Unternehmen ist, so hat es doch nach wie vor Sinn, ununterbrochen die Arbeit für die Horststellung der Einheitsfront für den zweiten Wahlgang fortzusetzen, auch während des Wahlkampfes für den ersten Wahlgang.

Ein unfreiwilliger Helfer.

F. M. Zwickau, 10. Februar.

Die Zwickauer ISK-Genossen haben schon tüchtig in diese kleine Bergarbeiter-Stadt hinein „gefunkt“. So sehr, daß es den sozialdemokratischen Führern unangenehm geworden ist. Das „Sächsische Volksblatt“ (SPD) brachte eine Notiz „Unter falscher Flagge“ (übrigens eine grobe Lüge), in der es vor einem „jungen Mann“ warnt, der Zeitungen und sozialistische Literatur anbietet. Dieser „junge Mann“ habe von der SP-Leitung keinen Auftrag zu diesem Vertrieb. ~~Weg sozialistische Literatur lesen und nicht enttäuscht sein wolle, solle sich an die Funktionäre der Partei wenden.~~ Der Erfolg dieser Warnung blieb nicht aus.

Einige Tage später wurde der betreffende Genosse von einer Frau auf der Straße gefragt, ob er der „junge Mann“ sei, von dem im „Volksblatt“ die Rede sei. Er: „Ich nehme an, daß ich damit gemeint bin.“ Die Frau: „Gut, dann bring mir von jetzt ab regelmäßig jede Woche einen „Funke“.“

Am nächsten Tag richtete ein Mann an denselben Genossen dieselbe Frage, die wie am Tag zuvor beantwortet wurde. Darauf der Mann: „Es ist doch eine Gemeinheit, daß solche Menschen, die eine solche Arbeit schon längst nicht mehr kennen, jungen Menschen, die gern arbeiten wollen, so gleich die Freude daran zu verderben trachten.“

Das Recht der Tiere in Bulgarien.

In dem Dezemberheft der „Mitteilungen des Bundes für radikale Ethik“ finden wir sehr interessante Mitteilungen über die vegetarische Bewegung in Bulgarien. Man ist erstaunt, zu lesen, daß es in Sofia mit seinen 226 000 Einwohnern 11 vegetarische Gaststätten gibt. Die vegetarische Gesellschaft besitzt dort ein siebenstöckiges Haus mit einem vegetarischen Restaurant und einem Hotel. Es gibt drei vegetarische Zeitschriften und sogar ein vegetarisches Esperantoblatt. Auch in vielen kleinen Dörfern gibt es Vegetariengruppen. Was ich besonders erwähnenswert finde, ist, daß die bulgarischen Vegetarier aus ethischen Gründen Vegetarier sind, nicht wie in Deutschland die meisten Vegetarier aus Ueberempfindlichkeit oder aus Gesundheitsrücksichten. Deshalb gibt es auch in Bulgarien unter den Vegetariern keine Nationalisten. Sie halten es mit ihren sittlichen Grundsätzen nicht für vereinbar, über andere Völker geringschätzig und gehässig zu urteilen und den Krieg für gerecht zu erklären. In ihren Zusammenkünften wird nicht in erster Linie über Magenfragen, sondern über ethische und soziale Fragen diskutiert.

TOLSTOI hat in Bulgarien eine starke Anhängerschaft. Man ist deshalb geneigt, auch die vegetarische Bewegung auf seinen Einfluß zurückzuführen. Das kann man aber nicht. Es wird eher umgekehrt sein. TOLSTOIs Lehren fanden hier einen guten Boden. Schon im 11. Jahrhundert gab es in Bulgarien eine starke religiöse Bewegung, deren Anhänger Vegetarier und Kriegsgegner waren. Sie hatten unter den Unterdrückungsmaßnahmen der Kirche und der Regierung viel zu leiden. Die Vegetarier sind in Bulgarien bei der übrigen Bevölkerung sehr geachtet, ganz im Gegensatz zu Deutschland, wo die Vegetarier oft spöttisch und geringschätzig behandelt werden.

In Bulgarien findet das Recht der Tiere mehr Anerkennung als in Deutschland. Dö.

Die Tapferen von 1870.

Einer von ihnen, TANERA, erzählt in seinen „Erinnerungen eines Ordonomanzoffiziers 1870/71“:

„Während dieser Zeit lernte ich eine recht praktische Art, Gänse zu fangen, kennen. Es hatte sich nämlich eine Herde von etwa sechzig Stück der damals so seltenen Vögel auf das freie Feld verirrt, während weit und breit kein Hüter zu entdecken war. Unsere Infanterie durfte sich nicht bis zu den Gänsen — sie watschelten etwa einen Kilometer vor unserer Front in einem Felde umher — von ihrem Platz entfernen, aber für die Dragoner war der Anblick doch zu vorlockend.“

Arbeiterkinder zu ihrer Schulentlassung.

B1. Die Schüler der ersten Klasse einer Volksschule schrieben vollkommen unvorbereitet einen Aufsatz über das Thema: „Nach Ostern.“ Jede Zeile zeigt uns, wie der Druck der Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit auf diesen jungen Menschen liegt, die mit der Schulentlassung heute in vielen Fällen der Gefahr der Verwahrlosung ausgeliefert werden.

Die meisten haben keine Stelle in Aussicht. Aus ihren Aufsätzen:

„In einigen Tagen ist Ostern. Und zwar ein ganz besonderes Ostern. Dieses ist für mich eine Lebenswendung. Ich verlasse nämlich die Schule. Bis jetzt sehe ich noch in eine ungewisse Zukunft. Ich wollte eigentlich noch die Handelsschule besuchen. Aber das ist noch sehr unwahrscheinlich, da uns die Geldmittel dazu fehlen. Nun sind wir auf eine Freistelle der Stadt angewiesen. Ob uns diese bewilligt wird, ist noch sehr unbestimmt. Ich habe schon bald alle Hoffnung verloren . . .“

„Ich freue mich auf die Zeit nach Ostern nicht; ich möchte lieber noch zur Schule gehen, weil wir in den vorigen Jahren nicht viel gelernt haben. Aber das geht nun einmal nicht. Ich möchte Elektriker werden und, wenn ich eine Stelle bekommen könnte, Chemigraph. Eine Stelle habe ich noch nicht. Ich möchte wohl auch gern Schiffskoch oder Matrose werden, um mir die Welt ansehen zu können. Aber mein Vater, der selbst vom 15. Jahre an zur See gefahren ist, ist damit nicht einverstanden. Er sagt: erstens kostet die Ausrüstung zuviel, zweitens wäre die Arbeit auch zu schwer, drittens wären auch zuviel Arbeitslose in diesem Beruf. Aber Arbeitslose gibt es überall . . .“

„Ich werde diese Ostern aus der Schule entlassen, möchte aber lieber noch ein Jahr zur Schule gehen. Ich möchte gern Buchbinder werden. Aber mein Vater ist da nicht mit einverstanden. Denn er meint, wenn man ausgelerrt hat, liegt man doch auf der Straße. Aber als ungelerner Arbeiter habe man immer noch Gelegenheit, in irgend einer Fabrik anzukommen.“

„Ich werde im März aus der Schule entlassen. Bei der Schuluntersuchung wurde festgestellt, daß ich für schwere Arbeit zu schwach sei und wenn ich noch ein Jahr im Hause bliebe, würde es mir gut tun. Da sind aber meine Eltern nicht mit einverstanden, denn ich habe noch zwei Schwestern und einen Bruder, die erwerbslos sind. Sie bemühen sich schon immer um Arbeit und können doch keine finden. . .“

„. . . Eine Stelle habe ich noch nicht. Nach dem Arbeitsamt war ich auch schon öfters, um zu sehen, ob eine Stelle für mich frei wäre. Ich sagte, daß ich Friseur werden wolle. Der Beamte aber sagte, daß ich Friseur nicht werden könnte, weil ich einen Senkfuß hätte. Er nannte darauf andere Berufe, z. B. Glaser, Sattler, Schneider u. s. w. Endlich blieben wir bei Dreher stehen. Aber der Dreher muß genau so viel stehen wie der Friseur. Da wir nun nichts weiter fanden, ging ich wieder nach Haus. Ich werde nun sehen, daß ich

Nur weiter so, „Sächsisches Volksblatt“, dann werden die „Funken“ bald zur Flamme werden, die dir den Boden unter den Füßen heiß werden läßt!

Für Siedler!

Eine Existenzfrage für Siedler ist die Auswahl geeigneten Bodens. Böden, die infolge ihrer Armut an Humus und anderen Pflanzennährstoffen oder infolge ihrer Trockenheit übermäßige Aufwendungen zur Erzielung eines bescheidenen Ertrages verlangen, eignen sich nicht für Siedlungen. Die

ohne das Arbeitsamt einen Beruf finde. Ich möchte mich nicht gerne den 700 000 Jugenderwerbslosen anschließen.“

„Wenn ich aus der Schule entlassen bin, mache ich zum Abschluß der schönen Zeit eine Fahrt in die Weserberge. Eine Stelle habe ich noch nicht. Auf dem Arbeitsamt, wo ich gewesen bin, hat man mir Stellen zugewiesen, welche alle schon besetzt waren. Nun muß ich sehen, daß ich eine Stelle ohne die Vermittlung des Arbeitsamtes bekomme. Doch mach ich mir wenig Hoffnung, daß ich noch eine Lehrstelle bekomme.“

„. . . Ich habe aber noch keine feste Stelle. Aber in der Osterstraße ist ein Geschäft. Der Meister davon will im März vielleicht 5 bis 6 Lehrlinge einstellen. Da sollte ich dann auch bei sein. Es ist aber noch nicht bestimmt.“

Nur Wenige haben eine Stelle in Aussicht, aber auch deren Freude ist nicht ungetrübt:

„Ich habe mich schon nach einer Stelle umgesehen. Ich habe auch eine gefunden. Es ist eine Stelle, wo Pappe zu Kästen verarbeitet wird. Ich bin schon oft hingewesen und habe mir die Maschinen angesehen. Ich habe auch schon an ihnen gearbeitet. Es macht mir sehr viel Spaß. Man muß aber aufpassen, sonst werden einem die Finger abgeklemmt oder abgeschnitten. . .“

„. . . Jetzt fängt das Leben für mich an. Ich möchte gern Schlachter lernen. Ich komme zu einem Meister in D. Die Lehrzeit dauert drei Jahre. Hoffentlich sind dann bessere Zeiten, denn jetzt haben wir schon 6 Millionen Erwerbslose, darunter 700 000 Jugendliche. Ein Teil ist verwahrlost. Hoffentlich macht mein Meister keine Pleite, denn dann sitze ich auch auf der Straße.“

„Ich werde Ostern 1932 aus der Schule entlassen. Wir haben am ersten Ostertag unsere Jugendweihe. Dann habe ich nur noch einen Tag Ruhe; aber dann ist die schöne Zeit vorbei. Ich muß nämlich am 1. April eine Lehrzeit in der Marienstraße antreten. Ich werde Tapezierer, Polsterer und Dekorateur werden. Ich habe einen ziemlich weiten Weg; ich muß von der Nordstadt ganz nach der Südstadt. Aber das macht mir nichts, denn ich laufe ganz gerne. Aber, wenn die Regierung sagte: Ihr könnt noch ein Jahr zur Schule gehen, dann wäre ich bald dabei. . .“

Welchen Weg erwachsene Sozialisten diesen jungen Genossen zu weisen haben, zeigt kurz und einfach ein Junge: „. . . Ich will in meiner Lehrzeit zusammen mit unseren Eltern kämpfen, daß die Erwerbslosigkeit sich verringert.“

Ein Kamerad von ihm, wohl das Kind eines klassenbewußten Arbeiters, findet harte Worte der Kritik für sein „Vaterland“:

„. . . Dieses ist wie vieles andere eine Folge der planlosen Wirtschaft. . . Für die Jugend hat man in Deutschland auch nicht soviel über wie im verschmähten Rußland. In Rußland wird die Jugend in Kulturhäusern unterrichtet. Aber Rußland ist ja auch ein proletarischer Staat und mit Deutschland in dieser Sache nicht zu vergleichen.“

nähere Umgebung Berlins und die Mark Brandenburg überhaupt stehen zu Unrecht in dem Ruf der „Sandbüchse“. Es gibt dort zwar viele ärmliche Sandflächen, daneben aber auch in großem Umfang gute und ertragreiche Lehmböden. Das genaue Kartenmaterial der Preussischen Geologischen Landesanstalt in Berlin gibt über diese Verhältnisse Auskunft. An Hand der geologisch-agronomischen Karten im Maßstab 1:25 000 kann sich jeder über die Bodenarten eines Siedlungsgeländes unterrichten. Die Preussische Geologische Landesanstalt ist bereit, alle sich mit Siedlungsfragen beschäftigenden Personen, Genossenschaften und Verbände zu beraten.

In Formosa bemühen sich die Japaner, den Eingeborenen und den Chinesen Opium zu verschaffen, während aber demjenigen die Todesstrafe droht, der Japanern, der japanischen Soldaten Opium verschafft.“

Das sind also die „berechtigten“ Interessen Japans an der Mandchurei: Die Vergiftung der Bevölkerung zum Nutzen der Gifthändler.

Asien im Auto durchquert.

t Peking, 12. Februar.

In Peking ist soeben eine Expedition eingetroffen, die unter der Führung des Forschers M. HAARDT zum ersten Male ganz Asien mit dem Kraftwagen durchfahren hat. Die Expedition fuhr am 4. April 1931 von Beirut aus und verfolgte meist die Strecke, die MARCO POLO im Jahre 1271 benutzte hat, nämlich durch den Irak, Persien und Afghanistan, ferner durch das Himalaya-Gebiet, das Pamir-Hochland, durch Chinesisch-Turkestan nach Kaschgar, von wo die Expedition ihren letzten Wegabschnitt durch die Wüste Gobi nach Peking zurücklegte.

Das „billige Volksflugzeug“.
Preis 2000 Mark.

d Berlin, 9. Februar.

Der Deutsche Luftfahrtverband führte vor kurzem auf dem Berliner Zentralflughafen Tempelhof die Ergebnisse seiner seit Jahren währenden Bestrebungen vor, das billige Volksflugzeug zu schaffen. Es wurden zwei Flugzeugtypen gezeigt, deren einer von der Akademischen Fliegergruppe der Technischen Hochschule Berlin, der andere von dem bekannten Segelflugzeugkonstrukteur MAYER, Aachen, gebaut worden ist. Die neuen Flugzeuge, werden bei Herstellung in den Werkstätten der Vereine nicht viel über 2000 Mark, bei Lieferung von den industriellen Werkstätten zwischen 3000 und 4000 Mark kosten. Trotz der geringen Motorenstärke — lediglich 20 PS dienen den Maschinen zum Antrieb — zeigten die kleinen Flugzeuge im normalen Fluge alles, was man von einem Sportflugzeug verlangen kann, darüber hinaus sogar kleine Ansätze zum Kunstflug.

Jetzt kann's ja nicht mehr fehlen! Was will das Volk noch mehr?

Japans Interessen!

R. B. Der Sekretär der „National anti opium Association of China“ schrieb am 16. Dezember 1931 in einem Brief an das Anti-Opium-Informationsbüro in Genf folgendes:

„. . . das erste, was die Japaner nach der Besetzung der Mandchurei taten, war, ein Opiummonopol in den Gebieten zu schaffen, die unter japanischer Militärherrschaft standen.“

In Mukden, Tschantschun, Tsinan, Tientsin u. s. w. arbeiten mehrere Opium- und Morphiumkneipen unter dem Schutz japanischer Konsulatsbehörden; sie verstoßen damit gegen chinesische Gesetze.

In der japanischen Niederlassung von Mukden gibt es 200 dieser „verbotenen“ Kneipen, deren Besitzer der japanischen Polizei für geleistete Dienste hohe Schmiergelder zahlen.

In Tschantschun ist es noch schlimmer; die Zahl der Opiumkneipen beträgt dort 1500; hier sind Japaner und Koreaner die Ausbeuter. . .

Oase Jena?

F. G.—c. Jena, im Februar.

Unter dem Titel „Oase Jena. Die ZEISS-Werke und ihre Arbeiter“ erschien im „Berliner Tageblatt“ vom 7. Februar ein spaltenlanger Bericht. Der Verfasser ist in die gute Stube der ZEISS-Werke geföhrt worden, hat die Justiererei, die Geometrie, den Versand und einige andere Abteilungen gesehen. Aber Schmirgelkeller, Glasschneiderei, Rotpoliererei sind ihm böhmische Dörfer geblieben. Wer in diese Räume und in die Betriebsversammlungen der Arbeiter der Stiftungsbetriebe hineinkommt, gewinnt ein objektiveres Urteil darüber, was von dem Geist ERNST ABBES, gewiß eines Reformers, aber eines ehrlichen Sozialreformers, in den ZEISS-Betrieben übrig geblieben ist.

Das Akkordsystem ist so ausgeklügelt und durch die Stoppuhr bestimmt, daß die Arbeiter in der Regel mit 50 Jahren verbraucht und ihre Nerven zorrüttelt sind. Die Akkordarbeit wird so genau berechnet, daß um ein Hundertstel Pfennig, in der Stanzerie sogar um noch weniger gearbeitet wird. Allerdings stehen die ZEISS-Arbeiter immer noch günstiger da als die Arbeiterschaft im allgemeinen. Wie aber der Berichtersteller des „Berliner Tageblatts“ 1,25 Mark Stundenlohn errechnet, ist schleierhaft. Nur der höchste Lohn beträgt gegenwärtig etwa 1,12 Mark. Aber viele verheiratete Arbeiter bei ZEISS bringen in der Woche 22 bis 25 Mark nach Hause; beispielsweise ist der Wochenlohn eines verheirateten Transportarbeiters mit vier Kindern etwa 22 Mark. Die in dem genannten Artikel erwähnte Baugenossenschaft besteht nicht. Die Leitungen der großen Baugenossenschaften („Heimstätten-Gesellschaft Jena“, „Baugenossenschaft Jena“) bestätigen, daß die ZEISS-Arbeiter die hohen Mietpreise für die beschriebene Idealwohnung des ZEISS-Arbeiters in der Regel nicht mehr aufbringen können. Zur Frage des Urlaubs: Ein Mechaniker, der 22 Jahre im Betrieb angestellt ist, bekommt 13 Tage Urlaub im Jahr. Daß alle Arbeiter, die mindestens drei Jahre im Betrieb angestellt sind, Anspruch auf Pension haben, stimmt nicht. Beim Abbau hat man vor allem Arbeiter entlassen und die Angestellten verschont. So ist ein zahlenmäßiges Mißverhältnis (und dadurch eine Mißstimmung) zwischen Arbeitern und Angestellten entstanden.

Der Betriebsrat hat schon manchen Kampf mit der durchaus reaktionären Geschäftsleitung austragen müssen. Bei den jüngsten Lohnkämpfen mußte der Schlichter eingreifen, weil die Geschäftsleitung den bisher gültigen Zuschlag (der zum Grundlohn hinzukommt) von 35 Prozent auf 9 Prozent herabsetzen wollte. Durch das Eingreifen des Schlichters ist der Zuschlag aber auf 12 Prozent festgesetzt worden, und daher liegen die Löhne jetzt „nur“ 3 Prozent unter dem Stand von 1927, während sie nach dem Plan der Geschäftsleitung 6 Prozent unter diesem Stand gelegen hätten.

Je mehr ABBES Geist aus den ZEISS-Werken verschwunden ist, um so mehr gewinnt sein Wort: „Organisiert euch!“ für die ZEISS-Arbeiter Bedeutung.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Bezirk Neukölln, Donnerstag, den 18. Februar 1932, 20 Uhr, im Restaurant Sulz, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Schafft die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zur Reichspräsidentenwahl!

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 17. Februar, 20.15 Uhr, Neues Gewerkschaftshaus, Bürgerstraße. Thema: Sollen wir Hindenburg tolerieren? (Eine Entscheidungsstunde des Proletariats.)

Braunschweig: Dienstag, den 16. Februar, 20.15 Uhr, im „Handelshof“, Lessingplatz 5. Thema: Thälmann-Hitler-Hindenburg? Der Kampf um den Posten des Reichspräsidenten.

Hamburg: Freitag, den 19. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Eimsbüttel, Eichenstr. 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Schifferdorf im Elend.

o Zerpenschleuse, 12. Februar.

Der Vorstand der Schiffergemeinde Zerpenschleuse am Finow-Kanal im Kreise Niederbarnim hat einen dringenden Antrag an den Regierungspräsidenten in Potsdam gestellt, in dem er um Staatshilfe für die Weiterzahlung der Wohlfahrtsausgaben bittet. In dem Antrag wird ausgeführt, daß alle Einnahmen der Gemeinden gerade nur zur Leistung der Wohlfahrtsausgaben ausreichen. 65 Prozent der 1850 Köpfe zählenden Einwohnerschaft leben von öffentlicher Unterstützung, während nur ein geringer Prozentsatz überhaupt noch Steuern zahlt. Zerpenschleuse steht vor der Einstellung sämtlicher Zahlungen. Sämtliche Gemeindevertreter haben erklärt, ihre Ämter niederlegen zu wollen, wenn die Regierung die Staatshilfe verweigert.

Der Finow-Kanal ernährte früher mit seinem Schiffsverkehr und dem damit verbundenen Gewerbe wie Werften, Seilerwerkstätten, Bootsbauereien, Rudermachereien und besonders durch das sogenannte Treideln der Schiffe (Ziehen mit Pferden vom Ufer aus) durch den Kanal die ganze Einwohnerschaft. Der Finow-Kanal ist aber zu Gunsten des Großschiffahrtsweges, der Berlin mit Stettin verbindet, stillgelegt worden.

Das alte Lied.

Wir veröffentlichen im folgenden Stücke aus einem Brief, den ein ISK-Genosse von einem Sympathisierenden erhalten hat, und der von Erfahrungen aus der politischen Arbeit berichtet.

Aus dem Brief eines Landarbeiters.

„... Ihr werdet auch gern meine Meinung über den „Funken“ hören: ... Für den Landproleten ist er unentbehrlich. Denn hier ist es doppelt schwer, sich über jede politische und wirtschaftliche Lage richtig zu unterrichten. ... Es ist ein wahrer Jammer, daß die beiden großen politischen Organisationen, die SP und KP so fürchterlich dogmatisch sind und zu einem vernünftigen Zusammenarbeiten in den Fällen, wo der Arbeiterschaft viel geholfen werden könnte, nicht im geringsten zu bewegen sind. Es verlangt durchaus kein Mensch, daß eine dieser Parteien ihre Grundrichtung ändern soll. Z. B. könnte die KP bei ihrer revolutionären Haltung bleiben, trotzdem müßte sie aber bemüht sein, auch schon im kapitalistischen Wirtschaftssystem die Lage der Arbeiter verbessern zu helfen. Wie oft habe ich erlebt, wenn ich für die KP geworben habe, daß mir vorgehalten wurde, daß die KP noch nicht das Geringste für die Arbeiterschaft getan hat, daß sie nur für Sowjetdeutschland Propaganda macht. Wenn das nun auch nicht ganz zutrifft, so steckt doch sehr viel Wahrheit darin. Ich habe auf dem Land wenig Arbeiter gefunden, die mit der SP zufrieden sind, aber zur KP haben sie noch weniger Vertrauen. Bei einigermaßen vernünftiger Taktik könnte sich die KP viele Freunde, ja sogar begeisterte Anhänger erwerben. Bis jetzt ist es immer so gewesen, daß das Bürgertum trotz seiner krassen Gegensätze bei der Wahrung seiner grundsätzlichen Interessen ... zusammengehalten hat. Das Proletariat hat bis heute aus diesem Zustand keine praktische Lehre gezogen. Das beste Schulbeispiel dafür ist die Präsidentenwahl.“

Der Fehler liegt aber weniger bei der Arbeiterschaft als bei der Leitung ihrer Organisationen. ... Wer hat noch nicht erlebt, daß sich die Arbeiterschaft in einem Betrieb bei irgend einer Gelegenheit einig war, und dann wurde nachher doch anders gehandelt. Das kam dann größtenteils so: Es kommt ein Bonze, hält einen sehr tief sinnigen Vortrag, den der größte Teil der Versammlung nicht versteht; die Arbeiter sind entzückt über die Klugheit ihres Genossen und lassen sich, ähnlich wie es in der Kirche durch den Pfarrer geschieht, durch schöne Reden fangen. Der Erfolg ist: Der Redner hat dann den größten Teil der Arbeiter auf seiner Seite; denn der Arbeiter ist leicht zu beeinflussen. Er ist meist in politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen schlecht unterrichtet, da es ihm große Schwierigkeit bereitet, sich in diesen beiden Fächern zu schulen. ... Die wenigen, die sich nicht beirren lassen, werden an die Wand gedrückt.

Meine größte Freude ist, daß sich der ISK mit allen Mitteln für eine vernünftige Arbeiterpolitik einsetzt. Hoffentlich findet seine Stimme, der „Funke“, in der Arbeiterschaft den ihr zukommenden Anklang. ...“

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 15. Februar.

Berlin: 17.50 Die politischen Parteien in Amerika.
Breslau: 17.50 Das Buch des Tages: Wirtschaftsfragen Osteuropas (MAX HODANN und KNICKERBOCKER).
Moskau, Gewerkschaftssender: 20.00 Mit dem Mikrophon durch das Donbassin.

Dienstag, den 16. Februar.

Berlin: 19.40 Aus dem Leben eines Kumpels.
22.10 RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.
Breslau: 12.00 HANS DÖRWALD: Arbeiten eines Molkeerei-Instruktors in niederschlesischen Molkeereien.
16.25 Lieder von TSCHAIKOWSKI.
Königswusterhausen: 19.30 W. MASCHKE und G. SACHSENBERG: Arbeitsdienstpflicht?
Langenberg: 18.20 Dr. DEPPE: Zweckmäßige Bodenbearbeitung und Düngung.
Mühlacker: 19.05 Ob.-Reg.-Rat Dr. KÜMMERLEN: Neuestes aus der Sozialversicherung.
Wien: 19.40 Dr. K. SCHECHNER: Wie helfen wir unserer Wirtschaft?

Mittwoch, den 17. Februar.

Königswusterhausen: 18.30 Prof. Dr. HSHAGEN: Die Entstehung des modernen Kapitalismus.
21.10 Hörspiel: Die Frösche des ARISTOPHANES. (Auch Leipzig).
22.25 RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.
Langenberg: 19.30 Dr. NIEMEYER: Die Strukturveränderungen der Welttextilindustrie.
München: 18.30 Prof. Dr. WITTE, Ohio: Die politischen Parteien Amerikas.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom _____ ab zum Preise von monatlich _____ RM zuzüglich Bestellgeld.

Name	Ort
Straße und Hausnummer.	

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.



7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:
FRIES und KANI über
Rüstung, Völkerrecht und Frieden
HANS LEHNERT:
Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus
THEODOR HÜPEDEN:
Sozialpolitik und Sozialismus
Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.
Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt e. V., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. O 26, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 48, Lietzmannstraße 16/17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42
Arbeiterkinderhelm
Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Apfelsaft

naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerikestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

steht schnell, sauber und billig hier
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Henri Barbusse



Einzig berechnigte Uebersetzung. Von Heinrich Nelson. 148 Seiten. Mit 2 Landkarten. Preis: Brosch. 2,80 RM.

Dieses Buch rührt an dein Gewissen!

Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland sterben am weißen Terror.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt Eure Zeitung
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Innerpolitische Kämpfe in Frankreich.

Paris, 14. Februar.

Die voraussichtlich am Dienstag im Senat beginnende Aussprache wird in politischen Kreisen mit Spannung erwartet. Im Anschluß an die Kammeraussprache über die Wahlreform, die im Senat von jeher auf schärfsten Widerstand gestoßen war, hatte der linksrepublikanische Senator PEYRONNET einen Interpellationsantrag über die allgemeine Politik der Regierung eingereicht. Ministerpräsident LAVAL wird sich voraussichtlich mit der Aussprache einverstanden erklären, sodaß am Dienstag mit einem Großkampftag gerechnet werden kann.

Paris, 15. Februar.

Am Sonntag war in den Wandelgängen des Senats ein lebhaftes Gehen und Kommen. Bei der Abstimmung am Dienstag wird die demokratische Linke das Zünglein an der Waage sein. Bisher hatte sich diese Gruppe bei den meisten Abstimmungen in zwei Lager gespalten, von denen das eine für und das andere gegen die Regierung stimmte. Es ist jedoch möglich, daß im vorliegenden Ausnahmefall Abstimmungsdisziplin verlangt wird. Die Fraktion wird am heutigen Vormittag darüber beschließen. Einem Linkskabinet stehen zurzeit unüberwindliche Schwierigkeiten in der Kammer gegenüber, in der immer noch eine Rechtsmehrheit besteht. Die gemäßigten Elemente der beiden Häuser sprechen daher viel von einer Übergangsregierung, der lediglich die Aufgabe zufallen wird, für eine beschleunigte Ausschreibung der Wahlen zu sorgen, damit das Land selber entscheiden kann.

Groener verteidigt sich.

Selbst Schöpflin gegen Groener!

Berlin, 13. Februar.

Auf die Angriffe, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete SCHÖPFLIN im „Abend“ vom 12. Februar anlässlich des GROENERSchen Erlasses vom 29. Januar gegen das Reichswehrministerium und die Tätigkeit des Generals SCHLEICHER gerichtet hat, erklärt das Reichswehrministerium:

Der neue Erlass stehe weder im Widerspruch zu den früheren Erklärungen des Reichswehrministers noch zu den Erklärungen des Reichskanzlers vom 8. Dezember oder zu den Entscheidungen des Reichsgerichts vom 10. Februar und 30. September 1931. Weder in den Erklärungen des Reichskanzlers noch in den Entscheidungen des Reichsgerichts sei festgestellt worden, daß die nationalsozialistische Partei grundsätzlich die Verfassung des Deutschen Reichs mit Gewalt ändern wollte.

Jener Erlass sei vom Reichswehrminister persönlich unterzeichnet worden. Dieser habe selbstverständlich vorher das Einverständnis des Reichskanzlers eingeholt. Die Verantwortlichkeit für den Befehl sei damit klargestellt. Der Reichswehrminister lehne jede Darstellung, als ob General von SCHLEICHER jemals irgendwie ohne sein Wissen und ohne seine Billigung auf politischem Gebiete tätig gewesen sei, ab.

Ob die NS in die Reichswehr eingeladen werden in einer Form, die früheren Erklärungen des Reichswehrministers oder des Reichskanzlers oder Entscheidungen des Reichsgerichts nicht widerspricht, oder in einer Form, die jenen Äußerungen widerspricht, ist unwesentlich. Wesentlich ist die Tatsache, daß die NS in die Reichswehr eingeladen werden. Diese Tatsache ist wesentlich z. B. bei der Frage, ob GROENER, wie dies SCHÖPFLINs Parteigenosse HEILMANN meint, ein für die Abwehr des Faschismus geeigneter Reichspräsidentenchaftskandidat ist.

Schneidemühl, 13. Februar.

Auf einer Kundgebung der „Eisernen Front“ in Schneidemühl erklärte der Fraktionsführer der Sozialdemokratie im Landtag, HEILMANN, HINDENBURG sei zwar nicht der Mann der „Eisernen Front“, aber man würde für HINDENBURG und GROENER sein, wenn dadurch verhindert werden könne, daß der Faschismus zur Macht komme.

Vergleiche hierzu den Leitartikel dieser Nummer.

DIE HENKER

Von Henri Barbusse

(Copyright by Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin.)

Wir bringen im folgenden einige Auszüge aus BARBUSSES Buch: Die Schriftleitung.

„Nichts von alledem, was über den von den Balkanregierungen ausgeübten Terrorismus gesagt worden ist, ist übertrieben. Denen, die fragen: „Ist es wahr?“ muß man antworten: „Die Wahrheit ist noch schlimmer!“

Geheimerlaß des Kriegsministers.

„Sämtliche Garnisonen und Militäreinheiten haben sich mit den Ortskomitees der Regierungspartei zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, die Mittel zur Bekämpfung der Bauernsyndikate und der Kommunisten zu vereinigen. Gegen diese besonders muß mit aller Strenge vorgegangen werden. Vor allen Dingen sind die Intellektuellen, und zwar die fähigsten und kühnsten Anhänger dieser Ideen, auszurotten. Auf schnellste sind Listen dieser Leute herzustellen, damit im gegebenen Augenblick alle ihre Führer, ob schuldig oder unschuldig, getötet werden können. Überall wo Unruhen ausbrechen, sind ohne Gnade alle Gefangenen, Verräter, Mitschuldigen und alle, die ihnen Unterschlupf gewähren, umzubringen. Ebenso sind ihre Familien zu behandeln, und ihre Häuser sind anzuzünden.“

„Wenn die Aufständischen oder die „Gesetzesverbreiter“ sich in einem Gebäude verborgen, so ist es, um den Behörden Verluste zu ersparen, anzuzünden, anstatt es im Sturm zu nehmen. Die Heereseinheiten haben sich mit Spritzen zu versehen, um diese Häuser mit Petroleum zu übergießen.“

„Jeder Gefangene ist binnen 24 Stunden abzurteilen und hinzurichten. Die Aufständischen sind unter den Augen ihrer Parteigänger hinzurichten. Ungehorsam gegen die Offiziere ist mit sofortiger Hinrichtung zu bestrafen. Ebenso ist die Todesstrafe über alle die zu verhängen, welche, was es auch sein mag, von diesem Erlass verraten.“

„In Bulgarien gibt eine auf Grund der offiziellen Blätter aufgestellte Statistik der politischen Massenprozesse die fol-

Kirche und Proletariat.

Was die katholische Kirche Arbeitslosen zu sagen hat.

B. R. Was die Kirchen — bewußt — aus den Proletariern machen wollen, geht deutlich hervor aus den Artikeln in Kirchenzeitungen, die zum größten Teil in Proletarierrände gelangen. Hier ein typisches Beispiel aus dem Leitartikel der „Katholischen Kirchenzeitung für die Bernardus-Pfarrei“, Frankfurt a. M., Nr. 2, vom Februar 1932. Es wird dort eine Geschichte erzählt, von einem Pfarrer, der an einem Sonntag „die Arbeitslosen seiner Gemeinde durch Handzettel in die Kirche eingeladen“ hatte. Der Pfarrer erzählt den Arbeitslosen das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg aus dem Neuen Testament. Was findet er daran der besonderen Aufmerksamkeit seiner Zuhörer wert?

„Der Hausvater im Gleichnis hat mit den Arbeitern in der Frühe einen Tagelohn vereinbart. Einen Tarif gab es damals noch nicht, und die Schicht im Weinberg dauerte zwölf Stunden, einschließlich der Arbeitspausen. Ein Zehner war wahrscheinlich nicht viel. Und mit den Arbeitern, die in der dritten, sechsten, neunten und elften Stunde eintraten, wurde überhaupt nichts ausgemacht. „Ich will euch geben, was recht ist.“ Aber es lehnte keiner ab. — Da hat gestern eine Frau bei mir geklagt, ihrem Mann wäre die Unterstützung gesperrt worden, weil er wiederholt eine ihm vermittelte Arbeit abgeschlagen hätte. Was hat er gesagt? „Ich soll als Lohn wöchentlich nur drei Mark mehr erhalten als meine Wohlfahrtsunterstützung; dafür schaffe ich nicht.“ So traurig es nun mit den Löhnen steht, liebe Zuhörer, so meine ich doch, man dürfte die Arbeit nicht ablehnen.“

Das ist deutlich. Ebenso deutlich ist für den nicht-katholischen Leser, was es bedeutet, daß in dem Artikel zwar eine Lobpreisung auf den biblischen Hausvater gesungen wird, der auch den Arbeitern den vollen Lohn gab, die nicht den ganzen Tag gearbeitet hatten, aber kein Wort gegen die heutigen Unternehmer gesagt wird, die nicht nur jenem Hausvater nicht ähneln, sondern die Arbeiter auf die Straße werfen, wenn sie dadurch die Möglichkeit haben, sie vollkommen auszuplündern. Es ist überhaupt merkwürdig, daß der Herr Pfarrer zwar die Arbeitslosen, nicht aber die Unternehmer eingeladen hat, um auch sie auf die Nutzenwendung des Gleichnisses auf ihren Fall aufmerksam zu machen. Nicht einmal eine Ankündigung findet sich vor, daß an dem nächsten Sonntag auch die Arbeitgeber durch Handzettel in die Kirche geladen würden.

Dafür steht am Schluß des Artikels, als letzter Trost für die Arbeitslosen, der widerwärtige Hinweis auf die Almosen-gabe:

„Die ganze Gemeinde nimmt an eurem Schicksal Anteil. Sie schließt sich zur Hilfe zusammen. Unserer Erwerbslosenkühe fehlt es nicht an Mitteln. . . . Unsre Schwwestern übertreffen sich selbst an Wohltun. . . . Wie viele geben von ihrem gekürzten Einkommen mehr für Nothilfe her als vorher vom ungekürzten.“

Da in den Kirchen Diskussionen verboten sind, und der Erzähler der Geschichte im Sonntagsblatt sich nicht daran gewagt hat, die Gedanken der arbeitslosen Zuhörer zu der Predigt des Pfarrers auszumalen, ist die Geschichte hier zu Ende.

Imbusch und die Sozialisierung.

K. K. Am 10. Januar hatte IMBUSCH, der Führer der christlichen Bergarbeiter, die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaus erhoben. Daraufhin ist IMBUSCH besonders scharf von den Unternehmern angegriffen worden, während die freien Gewerkschaften, gläubigen einen neuen Bundesgenossen gefunden zu haben. Am 7. Februar verteidigte sich IMBUSCH in einer Versammlung in Essen vor rund 2500 christlichen Bergarbeitern.

Wir entnehmen der katholischen „Trenonia“ eine Wiedergabe von IMBUSCHS Ausführungen über die Sozialisierung: „Weiter wies IMBUSCH den Vorwurf zurück, mit seiner Forderung der Verstaatlichung zu den Sozialisten übergegangen zu sein. Seine ganze Vergangenheit beweise, daß er ein scharfer Gegner der Sozialdemokratie sei. . . . Er habe

nicht die Sozialisierung des Bergbaus gefordert. Vielmehr vertrete er nach wie vor unentwegt die Forderung nach Erhaltung des Privateigentums. . . . Die Erfüllung der Forderungen nach Übergang des Bergbaus in den Besitz der Allgemeinheit könne nach seiner Ansicht nur das Privateigentum retten. Nach christlicher Weltanschauung habe man das Privateigentum zu verwalten zum Nutzen der Allgemeinheit. . . .“

Nach den jüngsten Ausführungen von IMBUSCH ist man so schlaue wie zuvor: Will IMBUSCH die Sozialisierung des Bergbaus? Uns scheint, als wolle es IMBUSCH weder mit den Herrn Unternehmern, noch mit den Arbeitern verderben. Will IMBUSCH, wie er sagte, „für die Achtung der Bergarbeiterrechte“ kämpfen, dann muß er sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen und nicht auf die „viel bessere Plattform im Christentum“; sie ist im Lauf ihrer Entwicklung eine sehr schlechte Plattform für die Ansprüche der Rechtlosen geworden. Sie macht ihren Frieden mit denen, die die Macht haben, und predigt den Frieden den Machtlosen.

Damit versucht MUCKERMANN offenbar, IMBUSCHS Kritik abzuschwächen und den Trennungstrich zu den freien Gewerkschaften hin aufrecht zu erhalten. Für diese ist zweifellos die von den christlichen Gewerkschaften geübte radikale Kritik an der kapitalistischen Privatwirtschaft von Bedeutung; es ist ihre Aufgabe, an dieser Stelle einzusetzen mit der Agitation. Welcher Grund besteht denn noch für das Vorhandensein besonderer christlicher Gewerkschaften, wenn deren Anschauungen in grundlegenden Wirtschaftsfragen sich denen der freien Gewerkschaften derartig annähern? Es sollte nunmehr leichter möglich sein, diejenigen christlichen Arbeiter für die freien Gewerkschaften zu gewinnen, die nicht unbedingt auch in der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen nur von der Kirche vertreten sein wollen.

Auf keinen Fall geschieht dies aber, wenn man sich dabei beruhigt, daß nunmehr „marxistische Gedankengänge“ in die christlichen Gewerkschaften eingedrungen wären, wie die „Gewerkschaft“, das Organ des Gesamtverbandes, schreibt, und daß dieser „marxistische Siegeszug trotz Verbrüderung (der Kapitalisten) mit HITLER nicht aufgehalten werden“ könne. Denn allzu leicht wiegt man damit die Arbeiter in einer falschen Sicherheit über das unvermeidliche Kommen des Sozialismus und läßt sie z. B. die Größe der faschistischen Gefahr verkennen. Gerade angesichts dieser Gefahr aber sollten Verstärkungen für die Reihen der freien Gewerkschaften möglichst herangeholt werden.

Imbusch und seine Kritiker.

M. H. Mitte Januar veranstaltete der christliche Bergarbeiterverband eine Kundgebung, an der 800 Vertrauensleute aus dem Ruhrgebiet teilnahmen. Der Vorsitzende des christlichen Bergarbeiterverbandes, IMBUSCH, der gleichzeitig Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften ist, übte auf dieser Tagung scharfe Kritik an den heutigen Wirtschaftsführern, vor allem den Kohlen- und Eisenindustriellen. Aber auch gegen die Politik des Reichsarbeitsministeriums wandte er sich. Er forderte die Ausschaltung der Privatwirtschaft aus dem Bergbau. „Man kann die Unternehmer so wie bisher nicht mehr weiterwirtschaften lassen!“ „Zwang für andere, und rücksichtslose Freiheit, andere auszubeuten“ — das seien die Ziele der Unternehmer. Die Eisen- und Kohlen-Herren haben auf diese Angriffe wütend geantwortet: so nennt die „Bergwerkszeitung“ IMBUSCHS Ausführungen „grobe Entgleisungen“. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ wirft in einem Artikel „Christliche Gewerkschaften am Scheideweg“ diesen vor, daß sie die Propaganda ihres Führers für „sozialistische Thesen“ dulde. Auch Pater MUCKERMANN hat in der „Essener Volkszeitung“ zu IMBUSCHS Rede Stellung genommen. Er kommt zu dem Schluß, daß die heutige Erscheinungsform des kapitalistischen Systems unerträglich sei. Verstaatlichung, wie IMBUSCH sie fordere, sei aber nicht gleichbedeutend mit Sozialisierung, denn nicht jede Verstaatlichung brauche von sozialistischen Grundsätzen beherrscht zu sein.

genden Ziffern für den Zeitraum vom Mai bis zum August 1925: Zahl der Prozesse 81, Anzahl der Angeklagten 3557, Todesstrafe gegen 600 beantragt, Verurteilungen 611, Todesurteile 300. In Bulgarien erwarten 300 Menschen gehängt zu werden, und 4000 abgeurteilt zu werden. Nach dem Attentat im April wurden mehr als 1000 Menschen, welche für die Demokratie eingetreten waren, zu Zwangsarbeit verurteilt.“

„Die Schrift KOSTA FORUS, die begonnen hat, die ungläubliche Gleichgültigkeit der europäischen öffentlichen Meinung aufzurütteln, zählt siebzig Fälle auf, in denen die Angeschuldigten durch die Folter zu Geständnissen gezwungen worden sind. Dieselbe Behandlung hat die Sigurana Frauen und jungen Mädchen angeeignet lassen. Die Frauen werden von ihren Männern, die Männer in Gegenwart ihrer Frauen gefoltert. Es gibt kein noch so wildes und raffiniertes Verfahren, das die Polizei- und Sicherheitsbeamten, die Offiziere und häufig die Untersuchungsrichter nicht angewendet haben, um den unglücklichen Männern und Weibern, die vor sie geschleppt werden, das Höchstmaß an körperlichen Schmerzen zuzufügen, ohne sie gerade zu töten. Oft wohnt ein Arzt der Folterung bei und verlangt Einhalt, wenn die Marter tödlich zu werden droht. Man schlägt die Opfer, bis sie ohnmächtig werden, dann bringt man sie mit kaltem Wasser wieder zu sich, um sie entsprechend weiter zu schlagen. Man schlägt mit kautschukumwickelten Eisenstangen, bis das Blut zu den Ohren herausdringt. Man gießt kochendes Wasser in die Ohren. Man reißt Nägel und Zähne aus, man legt gekochte heiße Eier, die unheilbare Wunden hervorrufen, unter die Achseln. Es gibt in der Zentralpolizeibehörde von Belgrad einen Ofen, an dessen Flammen man die Gefangenen hält, von denen man etwas herausbringen will. Man nennt den Namen einer Frau, der man ein zur Weißglut erhitztes Eisen in den Unterleib gestossen hat. Man sticht mit Nadeln unter die Zunge und mit zur Weißglut erhitzten Nadeln unter die Fingernägel. Es gibt eine besondere Maschine, mit welcher der Kopf gequetscht wird, bis die Schädelknochen krachen. In Schumen gibt es eine hypnotische und elektrische Behandlung, welche „Spezialisten“ gegen die anwenden, die man zum Sprechen zwingen will. Verschiedene Menschen sind ihnen unter den Händen gestorben. Wir haben in dem Gefängnishospital einen Menschen gesehen, dessen Beine durch

Folterinstrumente verkrümmt und abgemagert waren. Das sind nicht bloß so Sadismus- und Mordlitanzen, die man auf Geratewohl herbetet: Es gibt überreichlich viel nachgeprüfte und unleugbare Beispiele von jeder dieser Martern. Es gibt keinen Gefangenen, der nicht gleichartige oder ähnliche Fälle mitleidet: In Warna setzte man in dem Saal, in welchem die Polizeiuntersuchungen stattfinden, die Motoren von drei Automobilen in Gang, um die Schreie zu ersticken.“

„Der Journalist KONSTANTIN MILLE, ein Politiker von äußerst gemäßigten Anschauungen, vor allem aber ein Mann von Herz, hat mit bereiter Empörung die Folter „des Frosches“ beschrieben, die darin besteht, das zusammengekrümmte Opfer um eine Stange zu binden, die Stange zu drehen und es dann auf den Boden zu schleudern; er beschreibt auch das die „Seherin“ genannte Folterinstrument, eine Art eisernen Handschuhs, mit dem man die Fingerknochen bis zur Zerschmetterung preßt . . . und bis der Gefangene „gestanden“ hat.“

„KOLAROFF, einer der Männer, die aufs hartnäckigste verfolgt wurden, und dem es gelungen ist, nach Rußland zu entkommen, beschreibt eine Hinrichtungsszene, wie sie ihm von einem früher sozialistischen Polizeibeamten erzählt worden ist:

„Sieben Menschen sind aneinander gebunden, eine lebende Mauer.“

„Sie sollen erstochen werden. Es ist formeller Befehl ergangen, daß sie nicht gehängt, sondern mit der blanken Waffe erledigt werden sollen. Wer sind sie?“

„Der Eine war verhaftet worden, als er vom Leichenbegängnis seines Sohnes kam, der Andere, als er seinen kleinen Weinberg betrat, der Dritte, als er Heu fortschaffte . . .“

„Der frühere Sozialdemokrat weiß es, bemerkt es — und tut seine Pflicht: Im Namen der Regierung . . .“

„Dampf tönen die Schläge wie Peitschenhiebe, sie zerschmettern Rücken und Nacken. Man hört die Knochen krachen. Sie fallen. In der Dunkelheit ahnt man noch, wie sie sich in ihrem Grabe winden.“

„Die Schaufeln stoßen in den Boden, die Erdhäufen fliegen. Und man hört in diesem Geräusch der aufgewühlten und stützenden Erdschollen aus der Grube ein ersticktes Flohen: „Ich lebe noch! . . .“

(Fortsetzung folgt).

„Wirtschaftskrise ohne Ende?“

Rpt. Berlin, 14. Februar.

Ueber diese Frage sprach gestern abend im Rahmen der „Freien Sozialistischen Hochschule“ der Sozialdemokrat EMIL LEDERER, seit Beginn des Winterhalbjahrs ordentlicher Professor an der Universität Berlin. Gegen seine Berufung nach Berlin machten sich Widerstände geltend, sodaß die Tagespresse seiner Zeit ausdrücklich berichtete, seine erste Vorlesung in Berlin sei ohne Störungen verlaufen. Die bürgerliche Jugend hat, wie der gestrige Vortrag beweist, keinen Anlaß, ihn bei seiner Lehrtätigkeit zu stören.

„Um die Zeit der Hörer nicht damit zu belasten, sprach LEDERER nicht über die Ursachen der Wirtschaftskrise, die sehr verwickelt seien. Er meinte, es gäbe heute kaum noch jemanden, der eine *einzig* Ursache für die heutige Lage verantwortlich mache. — Sozialisten sehen, zum mindesten seit MARX, die Hauptursache in der kapitalistischen Einkommensverteilung, die ihrerseits durch die kapitalistischen Monopole verursacht ist. Der ordentliche Professor an der Universität Berlin erwähnt diese Ursache überhaupt nicht. Nur, wenn man diese Ursache klar legt, kann man sagen, was gegen die Krise zu tun ist. Nach den einleitenden Worten war also eigentlich schon nichts Gutes mehr zu erwarten.

LEDERER beschrieb aber nun völlig richtig, wie in früheren Krisen die Wiederbelebung einsetzte; er führte auf: Senkung der Preise; Senkung des Zinssatzes; Senkung der Löhne, jedoch stärkere Preis- als Lohnsenkung; gleichbleibendes Einkommen großer Bevölkerungsmassen, die bei sinkenden Preisen also mehr kaufen können. LEDERER nennt auch richtig den Punkt, von dem in früheren Krisen die Wiederbelebung ausging: die Bauwirtschaft. — Die Nutzenanwendung auf die Gegenwart zog er aber nicht.

Er polemisierte vielmehr gegen die Ansicht, daß durch die Eingliederung einer zunächst *beschränkten* Zahl von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß immer mehr und schließlich *alle* Arbeiter in den Arbeitsprozeß eingereiht werden. Er sagt in Bezug auf den entgegengesetzten Prozeß der Abkurbelung: zwar falle durch die Entlassung von Arbeitern Konsumkraft aus, was zur Entlassung weiterer Arbeiter führe; er glaube aber nicht, daß dieser Prozeß der Steigerung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosigkeit ins Grenzenlose gehe. LEDERER fügt sofort hinzu — sehr höflich, dafür jedoch mit sehr wenig Achtung vor seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit —: Man kann auch anderer Ansicht sein, — was, wörtlich genommen, natürlich richtig ist; man kann ... LEDERER wollte aber offenbar eine andere Ansicht als auch richtig oder doch *möglicherweise* auch richtig zulassen. Tatsache ist, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die Eingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß nicht dazu führt, daß *alle* Arbeitslosen Arbeit finden. Schuld daran ist, was LEDERER leider nicht untersucht, die Durchsetzung der Marktwirtschaft mit kapitalistischen Monopolen, insbesondere dem Bodenmonopol.

Zur Belebung der Wirtschaft fehlt dieses Mal, wie LEDERER meint, für die Kapitalisten die Möglichkeit, in nicht-kapitalistische Räume vorzustoßen (wie zum Beispiel früher nach Amerika oder Indien). Hier wandelt LEDERER etwas in den Bahnen von ROSA LUXEMBURG. Seine bürgerlichen Studenten dürfen aber beruhigt sein: er versichert im Zusammenhang mit dem Problem des Imperialismus ausdrücklich, daß man in Bezug auf diesen geschichtlichen Vorgang „von Schuld und Verantwortung kaum sprechen kann“.

Schließlich — so hören wir — fehlt zur Wiederbelebung der Wirtschaft der richtige Ansporn durch neue Erfindungen. Und zwar müssen es nach LEDERER Erfindungen sein, die etwas ganz Neues bringen, wie z. B. die Erfindung von Eisenbahn und Fahrrad. Erfindungen, die nur die Produktionskosten ermäßigen, tun es seiner Ansicht nach nicht (obgleich durch sie doch viele Produkte breiten Massen erst zugänglich gemacht werden können!). Hier folgt LEDERER gut bürgerlichen Spuren, zum Beispiel denen des Professors SCHUMPFETER. Wir wollen LEDERER übrigens gern zugeben: bei Inangriffnahme neuer Produktionszweige auf Grund wichtiger Erfindungen wird die Krisenstimmung dadurch leichter überwunden, daß denjenigen Unternehmern, die mit Arbeitereinstellungen zur Inangriffnahme neuer Produktionen vorangehen, *besondere* Gewinnmöglichkeiten geboten werden.

Weil ihm alle wichtigen Antriebe zur Belebung zu fehlen scheinen, rechnet LEDERER nur mit einem langsamen Tempo der Wendung zum Besseren. Zu diesem Pessimismus kommt LEDERER, weil er es fertig bringt, eineinhalb Stunden einen sozialistischen Hochschulvortrag über die Krise zu halten, ohne auch nur zu erwähnen, daß in dieser Krise durch Staatseingriffe wichtige Preise hoch gehalten werden und die Massenkaukraft dadurch niedrig gehalten wird. Er zieht also, wie gesagt, keine Nutzenanwendung aus der richtigen Beschreibung der Belebungs Vorgänge, durch die frühere Krisen überwunden worden sind. Warum nicht: Für die Beantwortung dieser Frage geben uns LEDERERS letzte Sätze einen Anhaltspunkt, die deshalb wörtlich angeführt seien:

„Das Durchdenken der Lage führt zu dem Resultat, daß wir innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr mit so rascher Wiederbelebung der Produktion wie in früheren Krisen rechnen können. Das ist nicht unbestimmtes Gerede, sondern läßt sich begründen mit den erwähnten Tatsachen. Die wichtigste erwähnt LEDERER, wie eben festgestellt, nicht! Der geschichtliche Augenblick ist gekommen, in dem die Entfaltung der Produktivkräfte nicht mit der Schnelligkeit vor-

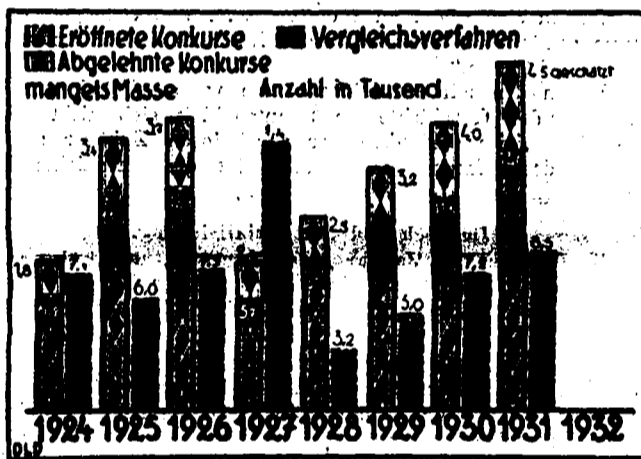
sich geht, wie sie vor sich gehen könnte; anders gewendet: der geschichtliche Augenblick ist gekommen, in dem die Möglichkeit eines planmäßigen Aufbaues gegeben ist.“

Uns scheint für Sozialisten der geschichtliche Augenblick gekommen, sich endlich darüber klar zu werden, daß es eine vorläufig völlig unbewiesene Behauptung ist, daß die Entwicklung auf die Planwirtschaft (den Kollektivismus) hinsteuert oder daß die Planwirtschaft für die Beseitigung der Ausbeutung oder auch nur für die Ausnutzung der sogenannten „Produktivkräfte“ ein besseres Mittel ist als die Marktwirtschaft; freilich darf dabei nicht die heutige mit Monopolen durchsetzte und dadurch kapitalistisch verzerrte Marktwirtschaft zum Vergleich herangezogen werden; man muß sich vielmehr fragen: wie würde die Marktwirtschaft aussehen, wenn sie nicht von Monopolen und kapitalistischer Planwirtschaft durchsetzt wäre?

Um nun die Frage zu beantworten, warum LEDERER von den Staatseingriffen in die Wirtschaft, die heute die Belebung hintanhaltet, kein Wort sagt: Wir sehen keinen anderen Grund dafür als den, daß LEDERER die Planwirtschaft für erstrebenswert hält, also die Vervielfältigung der heutigen Staatseingriffe. Er verhält sich ganz ähnlich wie sein Parteigenosse BAADE, der anscheinend die großagrarisches Politik seines Ministers SCHIELE zum Teil deshalb mitdurchführen hilft, weil es sich um *Staatseingriffe* handelt, also angeblich „werdenden Sozialismus“. So brandmarkt auch LEDERER die tollsten planmäßig zu Gunsten der Kapitalisten wirkenden Staatseingriffe nicht, weil er in ihnen die Vorboten sieht zu weiter greifender Planwirtschaft, und weil für ihn Sozialismus und Planwirtschaft ein und dasselbe sind.

Allen Sozialisten, die von der Planwirtschaft das Heil erwarten, gilt es, immer die Frage zu stellen: Habt Ihr überlegt, wie eine sozialistische Marktwirtschaft aussehen würde? Habt Ihr abgewogen, welches Mittel zur Beseitigung der Ausbeutung — im gegebenen Augenblick auf die Dauer — das zweckmäßigere ist: die Marktwirtschaft oder die Planwirtschaft?

Die deutsche Pleitekurve.



Im Konkurs verliert der bankrotte Unternehmer sein ganzes Vermögen. Die Gläubiger erhalten — nach Befriedigung der bevorrechteten Forderungen, wozu auch rückständige Löhne und Gehälter gehören — entsprechend der Höhe ihrer Forderungen Anteile aus der „Konkursmasse“.

Vielfach scheint es den Gläubigern günstiger zu sein, einen Vergleich mit einem zahlungsunfähigen Unternehmer abzuschließen. Der Schuldner betreibt dann sein Unternehmen weiter; die Gläubiger verzichten auf einen Teil ihrer Forderungen und hoffen, dabei aber letzten Endes mehr zu erhalten als bei einem Konkurs, in dem viele Vermögenswerte (Fabrikanlagen, der „Kundenstamm“) sich schlecht oder gar nicht verwerten lassen. Nach 1927 hat, wie wir aus dem Schaubild sehen, die Zahl der Vergleichsverfahren zunächst stark abgenommen; die Unternehmer hatten die Möglichkeit, sich durch Vergleiche vor dem Konkurs zu bewahren, so stark ausgenutzt, daß ihnen der Weg zum Mißbrauch von Vergleichsverfahren durch Gesetz einigermaßen versperrt wurde.

Seit 1927 steigt die Zahl der Konkurse, seit 1928 die Zahl der Vergleichsverfahren mit unheimlicher Steigigkeit, — vor allem deshalb, weil die tatsächlich bankrotten Unternehmungen der Großgrundeigentümer und Schwerindustriellen durch Subventionen auf Kosten der an sich lebensfähigeren Unternehmungen erhalten werden. Heute erklären also vielfach Unternehmungen ihren Bankrott, die von der Regierung künstlich in den Bankrott getrieben worden sind. Rpt.

Zur Lage in Deutschland.

Die *Steuereinnahmen* des Reiches liegen weit unter denen der Vorjahre. Sie betragen in den einzelnen Vierteljahre 1929 bis 1931 in Millionen, Mark:

	April bis Juni	Juli bis September	Oktober bis Dezember	April bis Dezember
1929	2136,5	2408,8	2245,8	6791,1
1930	2121,9	2458,8	2297,5	6878,2
1931	1807,9	2039,3	1935,9	5783,1
1931 weniger als 1930 in %	-14,8	-17,1	-15,8	-15,9

Alle Steuererhöhungen, die durchgeführt worden sind, reichten also bisher nur gerade hin, um die Steuereinnahmen auf der Höhe von fünf Sechsteln der Steuereinnahmen des Vorjahres zu erhalten.

Der Vorstand des deutschen Städtetages rechnet mit einem *ungedachten Fehlbeitrag der Gemeinden* am Ende des Rechnungsjahres 1931 (31. März 1932) von mindestens 280 Millionen Mark. Die Gemeinden fordern infolgedessen eine Beteiligung des Reiches an den Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge.

Der deutsche Zementabsatz betrug:

1929	7 Millionen Tonnen
1930	5,5 Millionen Tonnen
1931	3,7 Millionen Tonnen

Von der deutschen Handelsflotte sind 80 Prozent der Schiffe aufgelegt: 386 Schiffe mit 1,2 Millionen Bruttoregistertonnen.

Die *Textilproduktion* hält sich auf verhältnismäßig hohem Stand. Der Index der Textilproduktion (1928 = 100) betrug:

Dezember 1928	95,9
Dezember 1929	93,6
Dezember 1930	79,3
Dezember 1931	92,0

Zum Vergleich geben wir die arbeitstägliche Produktion von Rohstahl in 1000 Tonnen:

Dezember 1928	45,4
Dezember 1929	48,2
Dezember 1930	31,0
Dezember 1931	17,5

Zur Lage in den USA.

Aus der Statistik der Eisenbahnen:

	1929	1930	1931
Wagenstellung (1000 Wagen)	52 828	45 878	37 272
Frachteinahmen (Mill. Dollar)	4 832	4 086	3 275
Passagiereinnahmen (Mill. Dollar)	874	730	555
Lohnzahlungen (Mill. Dollar)	2 941	2 590	2 150
Zinslasten (Mill. Dollar)	505	503	495
Reingewinn (Mill. Dollar)	899	527	89
Beschäftigte im Jahresdurchschnitt (in 1000)	1 687	1 511	1 285

Die Zinslasten blieben fast gleich; die Lohnzahlungen gingen sehr stark zurück und werden sich durch den ab 1. Februar erfolgten Lohnabbau um weitere 215 Millionen Dollar jährlich ermäßigen.

Die *Automobilproduktion* entwickelte sich folgendermaßen:

1929	5,3 Millionen Wagen
1930	3,3 Millionen Wagen
1931	2,4 Millionen Wagen

Die *Kupfervorräte* in Nord- und Südamerika haben im Dezember 1931 um 30 000 Tonnen zugenommen. Sie betragen:

Ende 1928	62 000 Tonnen
Ende 1929	171 000 Tonnen
Ende 1930	367 000 Tonnen
Ende 1931	555 000 Tonnen

Der *Kunstseideverbrauch* stieg 1931 gegenüber dem Vorjahr von 105 auf 150 Millionen engl. Pfund; er stieg stärker als die Produktion, sodaß die Lager um 5 Millionen Pfund abnahmen.

Die *Ausfuhr von Baumwolle* belief sich in der Zeit vom 1. August 1931 bis zum 12. Februar 1932 auf 5,3 Millionen Ballen gegenüber 4,6 Millionen Ballen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Spinnereien haben in derselben Zeit 9 Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle gekauft (im Vorjahr: 7,4 Millionen Ballen). Trotzdem ist der sichtbare Weltvorrat an amerikanischer Baumwolle von Mitte Februar 1931 bis Mitte Februar 1932 gestiegen von 8 auf 9 Millionen Ballen.

In *Regierungskreisen* wird die Forderung einiger amerikanischen Firmen, die Regierung solle sich an der Finanzierung von Abschlüssen mit der Sowjet-Union beteiligen, abgelehnt; die Regierung hat es sogar abgelehnt, sich an der Organisation einer Studienkommission für die Sowjet-Union zu beteiligen.

Industrielle Monopole in den USA.

Die Vertrustung der amerikanischen Industrie hat seit dem Kriege, trotz aller Anti-Trustgesetze, riesige Fortschritte gemacht. In seinem Buch „Concentration in American Industry“ hat HARRY W. LAIDLER folgende interessante Tabelle veröffentlicht:

Industrie	Name oder Anzahl der kontroll. Firmen	Umfang der Kontrolle
Eisenerz	U. S. Steel Corporation	50-75% d. am. Vorräte
Stahl	U. S. Steel Corporation	40%
Nickel	Int. Nickel Company	90% der Weltvorräte
Aluminium	Aluminium Company of America	Monopol
Telephon	American Telephone & Telegraph	80% v. Amerikas Netz
Telegraph	Western Union	75% v. Amerikas Netz
Automobil	Ford u. General Motors	75% d. am. Produktion
Landw. Masch.	Intern. Harvester Co.	50% d. am. Produktion
Schuhmaschin.	U. S. Shoe Machinery Company	Monopol
Nähmaschinen	Singer Co.	dominiert i. d. Branche
Radio	Radio Corp.	dominiert i. d. Branche
Zucker	Am. Sugar Refining Co.	dominiert i. d. Branche
Anthrazit-Kohle	8 Gesellschaften	80% d. am. Produktion
Stahl	9 Gesellschaften	80% d. am. Produktion
Schwefel	2 Gesellschaften	fast alle Weltvorräte
Oel	5 Gesellschaften	33% d. am. Produktion
Schlachtereien	2 Gesellschaften	über 50% d. am. Prod.
Brot	4 Gesellschaften	25% d. am. Produktion
Zigaretten	3 Gesellschaften	70% d. am. Produktion
Elektr. Apparate	2 Gesellschaften	über 50% d. am. Prod.
Waggonbau	2 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Chemikalien	3 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Streichhölzer	2 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Gummi	4 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Filme	3 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Flugwesen	3 Gesellschaften	dominiert i. d. Branche
Kraft u. Lichtwerke	4 Gruppen	dominiert i. d. Branche
Versicherung	10 Gesellschaften	66% der Policen
Banken	1 Proz. d. Banken kontrollieren	99% der Geldanlagen

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits.		Vorjahr.	Jenseits.
	Berliner Produktenbörse.	Wochendurchschnitt.		
	8. 2.	13. 2.		13. 2.
Weizen	24,40	24,15	26,88	10,71
Roggen	19,50	19,87	15,66	8,25
Braugerste	16,40	16,87	20,85	9,10
Futtergerste	15,50	15,50	19,70	8,98
Hafer	14,39	14,20	14,14	7,31
Weizenmehl	31,18	30,98	34,21	
Roggenmehl	28,25	28,49	24,98	